

Bernd Lederer (2013)

„Diversity“ oder „equality“? Zur Verschärfung sozialer Ungleichheiten durch Diversitätskonzepte

„Diversity“ or „equality“? The enhancement of social inequality through means of diversity-concepts

Kurzfassung:

Die Akzeptanz akademischer Disziplinen wie Gender-, Diversity- oder eben auch Migration-Studies ist über deren unbestreitbar hohe gesellschaftliche Relevanz hinaus auch dahingehend zu interpretieren, dass sich deren Anliegen und Erkenntnisse als kompatibel mit zentralen Paradigmen des neokapitalistischen Diskurses erweisen. Anhand jüngerer Texte von Zygmunt Baumann (2009), Walter Benn Michaels (2008, 2009) u.a. wird argumentiert, dass sich Migrationsforschung, mehr noch Diversity-Studies, dementsprechend auch als notwendiger Beitrag zur Modernisierung des Kapitalismus verstehen lässt. Amerikanische Universitäten etwa, so Michaels, seien heute zwar weniger rassistisch und sexistisch als noch vor wenigen Jahrzehnten, dafür studierten dort heute aber weniger Arme. „Wachsende Toleranz gegenüber wirtschaftlicher Ungleichheit und wachsende Intoleranz gegenüber Diskriminierung sind fundamentale Charakteristika des Neoliberalismus“. Migrationsforschung hat das hierin gründende Spannungsfeld zwischen den normativen Zielbestimmungen „Diversity“ und „Equality“, grundsätzlich noch das Verhältnis von Gesellschaftskritik und Affirmation zu reflektieren und um dezidiert politisch-ökonomische Bezugnahmen und Verortungen zu erweitern.

Schlüsselwörter

Diversität, soziale Ungleichheit, Diskriminierung, Neoliberalismus.

Abstract:

Academic disciplines with antidiscriminatory intentions and therefore undoubted high social relevance such as gender-, diversity- and migration-studies are nonetheless compatible with neo-capitalist discourses. Walter Benn Michaels (2008, 2009) and others argue, that migration research and diversity studies are a necessary contribution to capitalist modernisation. Nowadays, us-american universities are less racist and sexist as they were a few decades ago, but there are also less poor students, who can afford the fees. Growing

intolerance towards ethnic- and gender-based discrimination, but at the same time growing tolerance towards economic inequality are fundamental characteristics of neo-liberalism. Diversity research has therefore to reflect the tensions between the normative targets "diversity" and "equality" and needs to expand the conceptual frameworks towards aspects of political economics.

Keywords

Diversity, social inequality, discrimination, neoliberalism,

Einmal angenommen, über Nacht realisierte sich ein Menschheitstraum, und alle, wirklich alle Formen rassistischer und geschlechtsbezogener Diskriminierung gehörten auf einen Schlag der Vergangenheit an. Zweifellos ein erhebender Gedanke. Aber: Auch dann hätte sich am nächsten Morgen noch nichts an der sozialen Differenz zwischen Oben und Unten, zwischen Arm und Reich geändert, auch dann wären die einkommens- und vermögensbezogenen soziostrukturellen Ungleichgewichte als solche immer noch vorhanden – lediglich die *Differenzlinien*, also deren Verläufe *entlang* „Race“¹ - und Gender-Kriterien, hätten sich verschoben. Dies ist keine originelle Erkenntnis, vielmehr eine Selbstverständlichkeit, aber eben sehr wohl eine Tatsache, die, so die nachfolgend vertretene These, heute mehr und mehr vernachlässigt und aus dem Fokus antidiskriminatorischer Analysen zu rücken droht. Es ist dabei insbesondere Walter Benn Michaels, Professor für Literaturwissenschaft an der Universität Chicago, zu verdanken, die soziale Frage wieder stärker in den Diskurs zum Thema Diversität eingespeist zu haben, wobei hier eingestanden sei, dass Diversity-Studies natürlich keinesfalls bedeutungsgleich mit Migrationsforschung sind, geschweige denn mit einer sich dezidiert kritisch verstehenden - gleichwohl kann das Thema Diversity mit Blick auf die Praxis entsprechender Angebotsstrukturen in Forschung und Lehre aber doch wohl als ein nicht unerheblicher thematischer Schwerpunkt im Rahmen der Migrationsforschung bezeichnet werden.

¹ Der Begriff „Race“ ist nicht mit dem biologisch-genetisch definierten deutschen Begriff „Rasse“ gleichzusetzen und wird „im US-amerikanischen Sprachgebrauch habituell begriffen und steht sowohl für den regionalen und ethnisch-kulturellen Ursprung eines Menschen (...) als auch für andere Formen von Gemeinschaften“ (Schenk 2006, 4).

Michaels Buch „The trouble with diversity. How we learned to love identity and ignore inequality” (2009) bringt die Hauptkritik bereits im Titel auf den Punkt. Die Ungleichheit von Arm und Reich, ergo die Diskriminierung Armer/sozial Schwacher, so Michaels Analyse, ist heute *primär* zwangsläufiges Ergebnis der kapitalistischen Vergesellschaftungslogik, also ihrer Eigentumsverhältnisse, Verteilungsmechanismen und – dynamiken, und eben erst *sekundär* eine Resultante von „Race“ und/oder Gender. Die diskriminatorischen Praxen entlang „Race“/Gender fungieren, so seine Überzeugung, letztlich „nur“ als Auswahlkriterium: Sie verursachen die sozial-materielle Ungleichheit nicht in erster Linie, haben aber Einfluss darauf, *wie* diese sich *konkret* manifestiert, eben vermittels Prozessen negativer oder aber auch positiver Diskriminierung:

“Because it is exploitation, not discrimination, that is the primary producer of inequality today. It is neoliberalism, not racism or sexism (or homophobia or ageism) that creates the inequalities that matter most in American society; racism and sexism are just sorting devices” (Michaels 2008, o.S.).

Mehr noch, so Michaels (2009) weiter, sei der Diversity-Diskurs sogar geeignet, grundlegende Mechanismen der Ungleichheitsproduktion zu verschleiern oder gar zu affirmieren. Michaels (2009) stützt seine Kritik am Diversity-Ansatz auf eine Reihe empirischer Bestandsaufnahmen: So seien US-amerikanische Universitäten heute zwar hinsichtlich der statistisch belegten Anwesenheit unterschiedlicher Gruppen von Studierenden erfreulicherweise tendenziell weniger sexistisch und rassistisch als noch vor 30-40 Jahren oder gar zu Beginn der Bürgerrechtsbewegung, was sich an der höheren Zahl studierender Frauen und AfroamerikanerInnen ablesen lässt, gleichzeitig sei das Studium heute aber deutlich teurer und im Kontext gesellschaftlicher Ungleichheit entsprechend *noch* elitärer und selektiver, als dies ohnedies bereits traditionell der Fall war und ist. Als Beispiel führt Michaels die Situation an der Harvard-University an: Dort studierten gegen Ende des letzten Jahrzehnts 9 % afroamerikanische StudentInnen, aber nur 7 % statistisch „Arme“:

„The neoliberal ideal is a world where rich people of all races and sexes can happily enjoy their wealth, and where the injustices produced not by discrimination but by exploitation – there are fewer poor people (7 per cent) than black people (9 per cent) at Harvard, and Harvard’s not the worst – are discreetly sent around to the back door” (Michaels 2009b, o.S.).

Weitere Indikatoren verstärkter sozialer Ungleichheit lassen sich mit Leichtigkeit einschlägigen sozialempririschen Daten entnehmen, bspw. dem „Gini-Koeffizient“ (ein statistisches Maß zur Darstellung von Ungleichverteilungen von Einkommen und Vermögen) oder „Quintil-Vergleichen“ (das obere und untere Fünftel der Gesellschaft werden nach Einkommen und Vermögen verglichen) sowie anderen sozialstrukturellen Faktoren, die eine überaus deutlich verstärkte Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums belegen, und das natürlich keineswegs nur in den USA (vgl. aus einer Vielzahl aktueller einschlägiger Sozialdokumentationen etwa Butterwege 2009 mit Blick auf Deutschland, Hacker/Pierson 2010 mit Blick auf die Situation in den USA).² Michaels (2009) erläutert die von vielen systemkonformen Diversity-Programmatiken völlig entkoppelte Problematik steigender Armut anhand solcher sozialstatistischen Befunde:

„But it would be a mistake to think that because the US is a less racist, sexist and homophobic society, it is a more equal society. In fact, in certain crucial ways it is more unequal than it was 40 years ago. No group dedicated to ending economic inequality would be thinking today about declaring victory and going home. In 1969, the top quintile of American wage-earners made 43 per cent of all the money earned in the US; the bottom quintile made 4.1 per cent. In 2007, the top quintile made 49.7 per cent; the bottom quintile 3.4. And while this inequality is both raced and gendered, it’s less so than you might think. White people, for example, make up about 70 per cent of the US population, and 62 per cent of those in the bottom quintile. Progress in fighting racism hasn’t done them any good; it hasn’t even been designed to do them any good. More generally, even if we succeeded completely in eliminating the effects of racism and sexism, we would not thereby have made any progress towards economic equality. A society in which white people were proportionately represented in the bottom quintile (and black people proportionately represented in the top quintile) would not be more equal; it would be exactly as unequal. It would not be more just; it would be proportionately unjust“ (Michaels 2009b, o.S.).

² Weitestgehend offen bleibt indes, mit welchem Verständnis von Diskriminierung hier operiert wird. Andreas Zick und andere etwa verstehen Diskriminierung als Unterscheidungshandlung mit benachteiligendem Effekt (vgl. Zick 1997). Zudem gibt es natürlich auch sexuelle und rassistische Ausbeutung. Historisch sind Sexismus, sexualisierte Gewalt und Frauenunterdrückung zudem älter als Neoliberalismus und Kapitalismus. Kritisch anzufragen, wenngleich außerhalb des Fokus vorliegenden Aufsatzes liegend und darum nicht weiter vertiefbar, wäre deshalb an dieser Stelle etwa: Welchen historischen Anspruch haben die Aussagen von Michaels? Wie wird theoretisch das Verhältnis von Sexismus (inklusive Gewalt, Arbeitsteilung und Ausbeutung bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Arbeit/Care-Arbeit) und Neoliberalismus gesehen?

Auch am Beispiel der Situation in Großbritannien verdeutlicht Michaels (2009), dass eine „nur“ antirassistische Sensibilität und Sichtweise unter Gesichtspunkten echter Gleichheit und Antidiskriminierung sich als unzureichend erweist, denn

“the logic of anti-racism requires only the correction of disparities within classes rather than between them. If about 1.5 per cent of your population is of Pakistani descent, then if 1.5 per cent of every income quintile is Pakistani, your job is done. The fact that the top quintile is four times better off than the bottom quintile – the advantage the children of rich Pakistanis would have over the children of poor ones – is not your problem. Which is why, in a society like Britain, whose GINI coefficient – the standard measure of income inequality – is the highest in the EU, the ambition to eliminate racial disparities rather than income inequality itself functions as a form of legitimation rather than as a critique” (Michaels 2009b, o.S.).

Ergänzend hierzu zitiert Robert Rotifer in einem Kommentar zu den Krawallen in London und anderen englischen Großstädten im August 2011 die Tageszeitung Daily Telegraph: "In der Blase der 1920er-Jahre streiften die obersten fünf Prozent der Verdienere ein Drittel aller Einkommen ein. Heute ist Großbritannien ungleicher - im Sinne von Gehältern, Reichtum und Lebenschancen - als zu jeder anderen Zeit seither. Allein im letzten Jahr stieg das Vermögen der reichsten 1000 Briten um 30 Prozent auf 333,5 Milliarden Pfund. Wenn auch das Epizentrum der gegenwärtigen Wirtschaftskrise die Eurozone ist, haben die britischen Regierungen doch dabei mitgespielt, die Armut, die Ungleichheit und die Unmenschlichkeit hervorzubringen, die jetzt durch die Finanzturbulenzen verschärft werden" (Robert Rotifer: Tägliche Demütigung durch Überfluss. derStandard-online, 11. August 2011).

„Diversity is good for business!”

Es scheint aber, solchen sozialen Asymmetrien zum Trotz, eine weitverbreitete Auffassung auch unter DiskriminierungskritikerInnen zu geben, die steigenden Unterschiede zwischen Oben, Mitte und Unten bzw. die zunehmenden sozialen Ausschlüsse qua Arbeitslosigkeit und Prekarisierung in Kauf zu nehmen, zumindest zu vernachlässigen, solange sich „Oben“ nach Proporz mit ethischen und sexuellen Minderheiten bzw. gendergerecht zusammensetzt. Michaels (2009c, 22) formuliert seine Generalkritik wiederum in gewohnt provokanter Deutlichkeit:

„Das ist (...) eine ‚soziale Gerechtigkeit‘, die die durch den Kapitalismus erzeugte Ungerechtigkeit akzeptiert. Diversität ist kein Mittel, um Gleichheit zu erreichen. Sie ist eine Methode, um die Ungleichheit zu verwalten“.

Das ehrenwerte Ziel akademischer Disziplinen wie Migrationsforschung und die ihr zuzurechnenden, zumindest nicht wesensfremden Diversity-Studies, Rassismus und Sexismus diskursiv zu bekämpfen, hat sich diesem Gedankenduktus zufolge entsprechend als kompatibel mit den zentralen Anliegen des Wirtschaftsliberalismus erwiesen: Wachsende Toleranz gegenüber wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten einerseits und wachsende Intoleranz gegenüber Diskriminierungen andererseits können demzufolge geradezu als ideologische Charakteristika und Anliegen eines modernen, globalisierten Kapitalismus gelten:

„My point is not that anti-racism and anti-sexism are not good things. It is rather that they currently have nothing to do with left-wing politics, and that, insofar as they function as a substitute for it, can be a bad thing. American universities are exemplary here: they are less racist and sexist than they were 40 years ago and at the same time more elitist. The one serves as an alibi for the other: when you ask them for more equality, what they give you is more diversity. The neoliberal heart leaps up at the sound of glass ceilings shattering and at the sight of doctors, lawyers and professors of colour taking their place in the upper middle class. Whence the many corporations which pursue diversity almost as enthusiastically as they pursue profits, and proclaim over and over again not only that the two are compatible but that they have a causal connection – that diversity is good for business. But a diversified elite is not made any the less elite by its diversity and, as a response to the demand for equality, far from being left-wing politics, it is right-wing politics“ (Michaels 2009b, o.S.).³

Die Überzeugung, wonach das Hauptproblem moderner Gesellschaften primär mit der Anerkennung unterschiedlicher Identitäten und eben nicht durch die Reduzierung sozialer

³ An dieser Stelle ist entgegen Michaels Generalkritik sicher der Hinweis angebracht, dass sich für eine solche Vernachlässigung der sozialen Verwerfungen und ihrer politisch-ökonomischen Ursachen natürlich auch lobenswerte Gegenbeispiele finden lassen, etwa bei Hormel/Schorr (2010) und Friedrich (2011). Bezüglich einer interdependenten/intersektionalen und integrativen Betrachtung rassismus-, sexismus und kapitalismuskritischer Migrationsforschung lassen sich stellvertretend für andere etwa auch die Namen Nina Degele, Mechtild Gomolla, Ann Phoenix, Martina Weber oder Wolfgang Wippermann anführen. Selbst die PISA-Studien berücksichtigen den Zusammenhang von sozioökonomischen Status und individueller Migrationsgeschichte.

und wirtschaftlicher Ungleichheiten zu lösen sei, ist für Michaels (2008, o.S.) ein nachgerade typisches Charakteristikum neoliberaler Ideologie:

“Neoliberalism (...) has no (problems, B.L.) with inequality as long as its beneficiaries are as racially and sexually diverse as its victims”.

“(...) it is not discrimination that has produced the almost unprecedented levels of inequality Americans face today; it is capitalism”.

An Kernaussagen von Michaels (2009) vieldiskutiertem Buch lassen sich in diesem Sinne zusammenfassend-pointiert anführen:

- Der Primat der Anti-Diskriminierung hat die ehemals kritischen Geistes- und Sozialwissenschaften auf Fragen der „Rasse“, des Geschlechts und der kulturellen Differenzen hin fokussiert;
- Fragen politisch-ökonomischer Art, nämlich *wie* (und in welchem Umfang) soziale Unterschiede und Ausschlüsse im Kapitalismus zwangsläufig produziert werden, bleiben hingegen weitestgehend vernachlässigt;
- Es besteht kein Gegensatz zwischen der Perpetuierung gesellschaftlicher Eliten und ihrer Diversifizierung. Das Bemühen um mehr Vielfalt innerhalb der „ruling class“ lässt sich vielmehr zur Legitimierung derselben verwenden und ist in vielen Fällen zumindest geeignet, Eliten aus Politik und Wirtschaft in ein menschlicheres, sympathischeres Licht zu rücken;
- Diversifizierte Eliten in Staat und Gesellschaft dienen somit nicht zuletzt auch als ideologische Legitimation sozialdarwinistischer Mechanismen im Sinne des Ideologems „Jede/r kann es schaffen!“ und lenkt mit dieser Akzentuierung der Ausnahmen von der strukturell-diskriminatorischen Regel ab.

„Die Individualisierung und Kulturalisierung des Sozialen“

Der Diversity-Ansatz in seiner heute diskursdominanten Konnotation fügt sich so nahtlos in die Logik einer sozialen Transformation, die von Politischer Ökonomie immer weniger wissen will, und ökonomischen Erfolg oder Misserfolg in allererster Linie der individuellen Verantwortung des einzelnen überträgt („Selbstverantwortung“, „Selbstverwirklichung“, „Selbstorganisation“). Man scheint sich auch in ehemals linken akademischen Milieus in starkem Maße daran gewöhnt zu haben, dass das gesellschaftliche Problem der Armut und überbordenden sozialen Asymmetrie in identitär-kulturellen und eben weniger in sozialen

bzw. sozioökonomischen Strukturproblemen besteht. Im Zuge einer „Kulturalisierung des Sozialen“ wird somit der Eindruck erweckt, als seien soziale Differenzen nicht zwangsläufige Folge marktförmiger Vergesellschaftung, sondern eben überwiegend soziokulturellen und/oder psychomentalen Unterschieden geschuldet („Unterschichtenfernsehen“, „Hartzler“, „bildungsferne Schichten“ etc. sind einige der Schlagworte, die dergleichen Diskurskonfigurationen im deutschsprachigen Raum kennzeichnen). Armen fehlt es in einem solcherart kulturalisierten Sinne nicht etwa an Geld, sondern, wie anderen diskriminierten Minderheiten auch, vielmehr an Anerkennung und Respekt. Eine Sichtweise, die Michaels mit der Debatte um „Classism“ verknüpft. Er kritisiert in diesem Zusammenhang, dass sich unter diesem Label, als der dritten Herrschafts- und Unterdrückungspraxis neben „Race“ und Gender, im heute herrschenden Diskurs meist eben kein Imperativ zur Kritik der Politischen Ökonomie mehr verbirgt, sondern vielmehr die implizite Aufforderung zu Praktiken der Anerkennung des/der Armen unter Zurückweisung diskriminierender, im Kern sozialdarwinistischer Diskurse von Faulheit und „Versagertum“. Entsprechend steht dann auch nicht der Aspekt einer konkreten Verbesserung der materiellen Lebenssituation vermittelt etwa höherer Sozialleistungen, der Umverteilung von Erwerbsarbeit oder einem öffentlichen Beschäftigungssektor oder ähnlichem für die vom Arbeitsmarkt nicht (mehr) benötigten oder Armutslöhne beziehenden im Vordergrund, sondern eben eine Praxis der Ermunterung und Bestätigung. Dergleichen geschieht aber weitgehend ungeachtet realer sozialer, etwa arbeitsmarktlicher Strukturbedingungen. Es handelt sich um eine sozial-reduktionistische Sichtweise, die eben auch für das workfare-staatliche Paradigma mit seiner Devise des „Forderns und Förderns“ als durchaus wesentypisch gelten darf. Die gegenwärtige Praxis in der Bundesrepublik Deutschland, arbeitslosen HartzIV-EmpfängerInnen Gutscheine für Musikunterricht, Nachhilfe oder Sportvereine für ihre Kinder zukommen zu lassen, ohne ihnen die eigene Verantwortung für die sinnvollste Verwendung der extrem knappen Mittel zuzutrauen, belegt eindrücklich die tatsächliche Entmündigungslogik aktueller Armutsverwaltung und damit natürlich auch die Angemessenheit selbstermächtigender Programmatiken, wie sie im Sinne des Classism-Diskurses zu Recht propagiert werden. Michaels (2009c, 23) bringt die oftmals sicher unbeabsichtigten diskurstheoretischen Konsequenzen einer solchen Sichtweise gleichwohl auf den Punkt:

„Dann müssen wir unsere Reformbemühungen nicht mehr auf die Abschaffung der Klassen konzentrieren, sondern auf die Abschaffung dessen, was wir (...) Classism nennen. Der Trick besteht also darin, dass die Ungleichheit als Folge unserer

Vorurteile angesehen wird und nicht mehr als Grundproblem unseres Gesellschaftssystems“.

Eine verstärkte Fokussierung von Forschungsdisziplinen, die sich mit diskriminierenden Diskursen und Politiken beschäftigen, auf Fragen der Individualität und Identität, ist nicht zuletzt wohl auch dem Abschied der poststrukturalen Schule von marxistischem Denken, in einem erweiterten Sinne vom Denken in Kategorien der Kapitalismuskritik, geschuldet. Francois Lyotards Parole „Vive la différence!“ kann als paradigmatisch für eine Sicht auf Gesellschaft und ihre Subjekte gelten, die auch die soziale Klassenlage, mithin Fragen von „Oben“ und „Unten“ oft als persönliche Eigenschaft neben anderen betrachtet, mithin kulturalisiert und letztlich verharmlost. Aus einer Ideologie der Ungleichheit droht indes schnell eine Ideologie der Ungleichwertigkeit zu werden, wie etwa den Studien der Politologen und Armutsforscher Rolf Ptak (2011) und Christoph Butterwegge (2009) zu entnehmen ist. Der Soziologe Stefan Hradil ging Anfang der 1990er Jahre so weit, mit Blick auf gängige, vertikal gestaffelte Gesellschaftsmodelle individuelle Unterschiede im Lebensstil und in den soziokulturellen Interessen und Orientierungen als genau so wichtig, wenn nicht wichtiger zu erachten als die konkrete sozioökonomische Situierung. Das gemeinsame Hobby des Reichen und des Armen, etwa Skifahren, wiege demnach in psychosozialer Hinsicht schwerer als die Frage, mit welchem Auto die Anreise erfolgt oder welches Hotel als Unterkunft dient (ganz zu schweigen von der Frage, ob sich letzterer sein Hobby überhaupt noch leisten kann). Die Ergänzung der individuellen sozialen Lage auf der „y-Achse“ gesellschaftlicher Schichtung wurde denn, beginnend bereits bei Max Weber, bis heute, etwa in der Marktforschung gemäß der „Sinus-Milieu-Matrix“, längst auch um horizontale Komponenten im Sinne persönlicher Grundorientierungen, Dispositionen, soziomoralischer Milieuorientierungen und Geschmäcker ergänzt. Fragen konkreter Einkommens- und Besitzverhältnisse werden seitdem verstärkt unter individualistische Konsum- und *Lifestyle*-Kategorien subsumiert (vgl. Hradil 1989, Tippelt/Reich 2006, Tippelt 1997, Homepage des Sinus-Instituts: www.sinus-institut.de).

„Neoliberale Linke“: Ein polemischer Einwurf

Man muss deshalb noch keineswegs die Auffassung teilen, dass sich zumindest die am Leitziel Diversity orientierten Bereiche der Migrationsforschung als Beitrag zum Human-Resource-Management systemkonform in die Entwicklung zur marktkonformen

Hochschule einfügen. Gleichwohl fällt auf: Während in den letzten beiden Jahrzehnten im deutschsprachigen Raum (und keinesfalls nur dort) viele Lehrstühle und Fachbereiche, die sich hinsichtlich Selbstverständnis und Forschungsinteressen als kapitalismuskritisch oder an der Kritischen Theorie orientiert begriffen, zumindest als entsprechend konnotiert galten, nicht neu besetzt oder gar abgewickelt wurden (ohne hier ein *namedropping* praktizieren zu wollen, ließen sich an besonders prominenten Fällen etwa das Ende der Kritischen Psychologie in der Tradition Klaus Holzkamps an der FU Berlin oder auch das faktische Auslaufen der politikwissenschaftlichen Schule nach Wolfgang Abendroth an der Uni Marburg anführen, weitere Fälle in allen Fachrichtungen geistes- und sozialwissenschaftlicher Provenienz wären leicht benennbar), wohingegen ein ganze Reihe von Lehrstühlen und Forschungsschwerpunkten in den Bereichen Migration und Diversity-Management neu begründet wurden und werden, was über die hohe gesellschaftliche Relevanz der Globalthematik hinaus auch auf deren Förderwürdigkeit aus Sicht einer an ökonomischen und standortstrategischen Interessen orientierten Universitätslandschaft und damit letztlich auf dessen gesellschaftspolitische Funktionalität im Sinne des heute überwiegend ökonomistischen Zielsetzungen und Imperativen verpflichteten Mainstreams verweist. (Ob die zu diagnostizierende Geringschätzung, zumindest aber Vernachlässigung der sozialen Frage in vielerlei akademischen Disziplinen und Milieus und die Vorliebe für minoritäre, antidiskriminatorische Themenfelder [„Transgenderforschung“, „Queerness-Studies“ u.a.] auch dem Umstand geschuldet ist, dass sich besagte akademische Milieus nachweislich weit überwiegend aus Mittel- und Oberschichten rekrutieren und von daher Fragen von Armut und Deklassierung eher als unattraktiv und oftmals fern der eigenen sozialen Lage und Sozialisationserfahrung empfunden werden, sei hier dahingestellt – ganz abgesehen davon, dass dergleichen Forschungsfoki, seien sie womöglich noch dezidiert kapitalismuskritisch verortet, einer akademischen Karriere im Rahmen der Bologna-Universität heute kaum förderlich oder auch nur drittmittelaffin zu sein scheinen.)

Zur Unverzichtbarkeit einer Kritik der Politischen Ökonomie

Eine wieder verstärkt auf Klassenunterschiede rekurrierende antidiskriminatorische Gesellschaftskritik und -theorie äußert derzeit natürlich keineswegs nur Michaels (2009). Analoge Argumentationen finden sich etwa auch bei Zygmunt Bauman (2009). In seinem Buch „Gemeinschaften“ setzt er sich reflexiv mit Fragen gesellschaftlicher Wohlfahrt auseinander. Eine Hauptthese hierbei lautet in nuce: Gerechtigkeit ist nur als soziale

Gerechtigkeit/Verteilungsgerechtigkeit möglich, durch eine „ethische Gemeinschaft“, die sich durch kollektive Absicherung gegen individuelle Defizite und Unglücke auszeichnet und Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und Mitwirkung ermöglicht. Anstelle einer für die soziale Frage im allgemeinen, für Fragen kapitalistischer Ungleichheitsproduktion im speziellen, teils unsensiblen, wenn nicht gar ignoranten Diversity-Forschung ließe sich mit Blick auf Ermöglichungsgründe sozialer Teilhabe und Vermeidungsstrategien sozialen Ausschlusses etwa für eine Rückbesinnung antidiskriminatorischer Argumentations- und Begründunglogiken im Sinne John Rawls plädieren. Rawls hat in seinem so überaus einflussreichen Hauptwerk “A Theory of Justice” (1971) bekanntlich die Leitfrage aufgeworfen: Welche Gerechtigkeitsprinzipien würden Mitglieder einer von ihnen begründeten und gesetzlich geregelten Gesellschaft sich verordnen, wenn sie nicht wüssten, welche Positionen und Rollen sie später in eben dieser Gesellschaft einnehmen werden (“Schleier des Nichtwissens“)? An unhintergehbaren Prinzipien hätten dabei zu gelten:

1. Gleiche Grundrechte und -freiheiten für alle,
2. Chancengleichheit für alle bzgl. Teilhabe und Zugang zu Ämtern, Positionen etc.,
3. Verteilungsfragen müssen so geregelt werden, dass gerade die unterprivilegiertesten der Gesellschaft den größten Nutzen haben.

In diesem Zusammenhang liefert etwa auch die Studie von Picket/Wilkinson (2009) einen aktuellen Beitrag zur Debatte, der womöglich mehr für soziale Gleichheit und individuelle Emanzipation beizutragen vermag, als so manche Beiträge aus dem Bereich der Diversity-Studies, die bei Vernachlässigung der zentralen Frage nach der Verteilung und dem Besitz von Kapitalien (womit, ganz im Sinne Pierre Bourdieus, durchaus auch nicht-unmittelbar geldwerte Kapitalvermögen angesprochen sind) oftmals einen Hauptquell sozialer Diskriminierung außer Acht lassen und so schlimmstenfalls perpetuieren helfen. Anhand umfassenden empirischen Materials belegen der Autor und die Autorin, dass Gesellschaften, in denen der einkommens- und vermögensbezogene Abstand zwischen Oben und Unten geringer ist, in aller Regel auch bessere sozialempirische Daten bzgl. solcher Lebensumstände aufweisen, die auch als Maß für tagtäglich erfahrene Diskriminierungen herangezogen werden können, etwa den Zugang zu medizinischer Versorgung, den Konnex von sozialer Herkunft und Bildungserfolg, Arbeitslosigkeit, Kriminalitätsrate u.a.m. betreffend. An dieser Stelle kann deshalb an die eigentlich als überholt geltende Debatte um gesellschaftliche „Haupt- und Nebenwidersprüche“ angeknüpft werden: Ohne diese Dichotomie für fruchtbar halten zu müssen, lässt sich doch

konstatieren, dass die Verfügungsgewalt über das in Marktgesellschaften entscheidende Machtmittel, eben Kapital, zumindest Geld, viele, wenngleich natürlich keineswegs jedwede Erfahrungen von Diskriminierung wenn schon nicht zu vermeiden, so doch zumindest zu lindern vermag: Genügend Geld zu besitzen kann etwa die Option eröffnen, eine der Hauptquellen „Race“- und Gender-bedingter Diskriminierungen im Idealfall weitestgehend zu umgehen, nämlich die oft genug erniedrigende Suche nach Lohnarbeit oder bezahlbarem Wohnraum – auch wenn eine solche Vermeidungsstrategie natürlich nicht das Ziel einer antidiskriminatorischen sozialen Praxis sein kann. Nichts desto Trotz impliziert in einer Gesellschaft, in der Güter und formalisierte soziale Beziehungen in aller Regel über Warencharakter verfügen, in denen mit anderen Worten sehr vieles käuflich ist und einen Preis hat, die Verfügungsgewalt über Geld reale Teilhabechancen (wie ein Politskandal aus jüngerer Vergangenheit in Kärnten zeigt, sind hiervon mitunter sogar Staatsangehörigkeiten nicht ausgenommen, wurde hier doch eine solche gegen geldwerte Leistungen wie Parteispenden in Aussicht gestellt).

Der antidiskriminatorische und emanzipatorische Anspruch der Diversity-Forschung ließe sich in diesem kritisch-provokanten Gedankenduktus beispielsweise auch aus Sicht einer alleinerziehenden HartzIV-Empfängerin dahingehend hinterfragen, von welcher politischen Konstellation sie wohl größere Unterstützung bei der Bewältigung ihres sozialen Alltags zu gewärtigen hätte: Von einer Regierung, die unter Diversity-Gesichtspunkten wenig zu wünschen übrig lässt, bei der etwa eine Frau als Kanzlerin fungiert, ein bekennender Homosexueller das Vizekanzleramt bekleidet, ein ranghoher Minister mit Migrationshintergrund amtiert, ein Amtskollege mit Körperbehinderung ein Schlüsselresort leitet, die als Regierung aber in sozialpolitischer Hinsicht die *Workfare*-Doktrin propagiert und perpetuiert; oder aber von einer hypothetischen Legislative, die sich zwar in weitaus geringerem Maße nach Diversifizierungskriterien zusammensetzt, jedoch ihren vitalen sozialen Interessen in weit höherem Maße entspräche und etwa HartzIV-Regelsätze signifikant erhöhte oder gar ein bedingungsloses Grundeinkommen oder ähnliche sozialpolitische Innovationen implementierte? Natürlich ist diese Denkfigur nahezu unredlich, schließlich schließt das eine (Diversität) das andere (soziale Politik) keineswegs aus, es handelt sich also um kein entweder-oder und vor allem sind auch rein symbolische Selbstermächtigungsvorbilder begrüßenswert und geradezu ein Wert an sich – umgekehrt kann aber ebenso selbstverständlich keinesfalls unterstellt werden, dass diversifizierte Zustände in Politik, Wirtschaft oder sonstigen gesellschaftlichen Subsystemen automatisch

sozialere, egalitärere Verhältnisse zeitigten. Mehr noch, darf nicht einmal davon ausgegangen werden, dass RepräsentantInnen mehrheitlich unterprivilegierter oder gar diskriminierter gesellschaftlicher Gruppen, die sich in gehobeneren sozialen Zusammenhängen zu etablieren vermochten oder denen es gar gelungen ist, in Positionen der Macht aufzusteigen, auch tatsächlich für die von ihnen repräsentierten Minderheiten bessere Zustände in Blick auf Akzeptanz und Teilhabechancen eröffnen.

Allzu oft greift bekanntlich der Mechanismus der „sozialen Schließung“ (Max Weber), wonach AufsteigerInnen, also jene, „die es geschafft haben“, nach ihrem Aufstieg eben kein Interesse mehr daran haben, dass nach ihnen auch andere, etwa MigrantInnen oder BildungsaufsteigerInnen, derselbe Erfolg beschieden sei. (Martin Scorsese hat in seinem Film „Gangs of New York“ dieses aus der Geschichte sattsam bekannte Phänomen am Beispiel der New Yorker Bandenkämpfe zwischen aus England stammenden Einwanderern der ersten Generation und aus Irland kommenden Personen der zweiten Generation in der Mitte des 19. Jahrhunderts eindrücklich vor Augen geführt.) Das Ausmaß, mit dem etwa in Österreich die nationalchauvinistische bis rechtsextreme FPÖ österreichische StaatsbürgerInnen mit serbischem und kroatischem Migrationshintergrund angesichts einer propagierten gemeinsamen antiislamisch-„abendländischen“ Gesinnung umgarnt, und dabei in Teilen durchaus auf nennenswerte Gegenliebe stößt, ließe sich ebenso als aktuelles Beispiel anführen wie die deutsche „Sarazzindebatte“ mit der sozialdarwinistischen Unterscheidung von „Ausländern“, die dem Wirtschaftsstandort „nutzen“ und solchen, die lediglich als Armutsfüchtlinge „zu uns“ kommen (vgl. etwa Friedrich 2011).⁴ In einer Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft, die auf systematische, strukturfunktionale Weise Gewinner und Verlierer, ja sogenannte „Überflüssige“ produziert und nachgerade produzieren muss, in der die entscheidenden Ressourcen, namentlich Geld und Macht, systemlogisch stets ungleich verteilt werden, führt beispielsweise, um es mit einem bitterbösen Paradoxon zu formulieren, auch der vereinzelte Aufstieg von Frauen in elitäre Positionen wirtschaftlicher oder politischer Macht dann letztlich doch nur zu einer Art „Feminisierung des Patriarchats“, was heißt, dass sich an den patriarchalen, und das heißt

⁴ In seiner seit 2002 jährlich durchgeführten Einstellungs- und Wertestudie „Deutsche Zustände“ diagnostiziert Wilhelm Heitmeyer 2010 bei der von sozialer Unsicherheit und Abstiegsängsten geplagten Mittelschicht eine „rohe Bürgerlichkeit“ und als Folge eine „soziale Vereisung“ des gesellschaftlichen Klimas, die sich in einem „Klassenkampf von oben“ und somit in einem Anstieg abwertender, unsolidarischer Einstellungen gegenüber benachteiligten Gruppen der Gesellschaft, vor allem (als Muslime als solche identifizierte) Ausländer und Sozialhilfeempfänger, äußert (vgl. Heitmeyer 2010).

immer auch vermachteten, strukturell geschlossenen Verhältnissen von Über- und Unterordnung selbst noch nichts ändern muss.

Auch dergleichen Erkenntnisse sind sicher weder neu noch besonders originell und investigativ, und doch ist der Grad der Erregung, der durch eine hier nur skizzierte Be- und Hinterfragung der gesellschaftspolitischen Funktion einer Migrationsforschung (bzw. bestimmter Aspekte und Bereiche derselben), die auf politisch-ökonomische Analysen und Kritiken verzichtet, für eine sozial egalitärere Gesellschaft oft evoziert wird, ein Indiz, dass womöglich Widersprüchliches doch oft ausgeklammert bleibt – was nicht zuletzt wohl auch der vermeintlichen Alternativlosigkeit der vorherrschenden politisch-ökonomischen Verhältnisse geschuldet ist, die dann eben eine verstärkte Fokussierung auf „weiche“ Fragen symbolischer Anerkennungspraktiken nahe legt. Soziale Gleichheit meint aber eben nicht nur quotierte Repräsentanz einzelner VertreterInnen minoritärer gesellschaftlicher Gruppen und symbolische Anerkennungs- und Ermunterungspraktiken, sondern tangiert vielmehr ganz konkrete „harte“ Fragen von Haben und Nicht-Haben, Fragen der Verteilung und Aneignung des gesellschaftlich-arbeitsteilig erzeugten Reichtums einer Gesellschaft. In Anlehnung an Bill Clinton, zweifellos ein Protagonist politischer Diversity-Programmatiken, zugleich aber auch neoliberaler Reformator des „*welfare-to-workfare*“-Paradigmenwechsels in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, sei deshalb abschließend sein 1992 als Wahlkampfeslogan vorgetragenes Plädoyer für das Primat des Ökonomischen (und damit auch des Sozialen) in Erinnerung gerufen: „It’s the economy, stupid!“

Zusammenfassung

Unter Bedingungen des freien Marktes verhindern Programme zur Förderung von Diversität keineswegs soziale Unterschiede entlang von Einkommens- und Vermögensverteilungen. Mehr noch, laufen Diversitätskonzepte sogar Gefahr, zur ideologischen Legitimierung sozialer Ungleichheit missbraucht zu werden. Entsprechend erweist sich die Analyse und Kritik an den Voraussetzungen und Mechanismen der Produktion und Perpetuierung sozialer Ungleichheit als Unverzichtbar für eine umfassend antidiskriminatorische soziale Praxis.

Summary

In free-market-societies, programs to promote diversity do not mitigate or even prevent (the increase of) social differences concerning income and the distribution of capital and assets.

Concepts of diversity-politics are even likely to be abused for the ideological legitimation of social inequality. According to this, the analysis and criticism of the conditions and mechanisms of the production and perpetuation of social inequality is essential for a comprehensive anti-discriminatory social practice.

Dipl.-Päd., Dr. phil. Bernd Lederer, Dozent an der Fakultät für Bildungswissenschaften der Universität Innsbruck, Arbeitsschwerpunkte Bildungstheorie, -geschichte und -philosophie, bernd.lederer@uibk.ac.at

LITERATUR:

Bauman, Zygmunt 2009. *Gemeinschaften*. Frankfurt: Suhrkamp

Butterwegge, Christoph 2009. *Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird*. Frankfurt/New York: Campus Verlag

Friedrich, Sebastian (Hg.) 2011. *Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarrazindebatte“*. Münster: edition assemblage

Hacker, Jacob S. / Pierson, Paul 2010. *Winner-take-all politics. How Washington made the rich richer – and turned its back on the middle class*. New York: Simon and Schuster

Heitmeyer, Wilhelm 2010. *Deutsche Zustände. Folge 9*. Frankfurt: Suhrkamp

Oberlechner, Manfred / Hetfleisch, Gerhard (Hg.) 2010. *Integration, Rassismen und Weltwirtschaftskrise*. Wien: Braumüller Verlag

Hradil, Stefan 1989. *Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus*. 2. Auflage. Opladen: Leske&Budrich

Michaels, Walter Benn 2008. *New Left Review*, No. 52; Juli/August 2008.

Pdf-Dokument, entnommen am 22.09.2011 unter
<http://newleftreview.org/?page=article&view=2731>

Michaels, Walter Benn 2009a. *The Trouble with Diversity: How We Learnend to Love Identity and Ignore Inequality*. New York: Holt

Michaels, Walter Benn 2009b. *What Matters*, in: London Review of Books, Vol. 31(16), 11–13 (Printausgabe). Pdf-Dokument, entnommen am 12.08.2011 unter
<http://www.lrb.co.uk/v31/n16/walter-benn-michaels/what-matters>

Michaels, Walter Benn 2009c. *Wider den multikulturellen Imperativ. Die Linke hat eine andere Aufgabe*, in: Le Monde diplomatique Nr. 8810 vom 13.02.2009, 22–23.

Pickett, Kate / Wilkinson, Richard 2009. *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*. Berlin: Haffmanns&Tolkemitt

Ptak, Ralf: 2011. *Mehr und bessere Bildung durch Markt und Wettbewerb? Thesen zur politischen Ökonomie der aktuellen Bildungsdebatte*, in: Lohmann, Ingrid / Mielich, Sinah / Muhl, Florian / Pazzini, Karl-Josef / Rieger, Laura / Wilhelm, Eva (Hrsg.): *Schöne neue Bildung? Zur Kritik der Universität der Gegenwart*. Bielefeld: transcript (S. 105-120)

Ralws, John 1979. *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Originaltitel: A Theory of Justice, 1971)

Schenk, Christian: *Zu den Ursprüngen des Diversity-Management-Konzepts*. Pdf-Dokument entnommen am 20.09.2011 unter http://www.christian-schenk.net/politik/diversity-management/diversity_management.pdf

Scherr, Albert: *Diskriminierung und soziale Ungleichheiten. Erfordernisse und Perspektiven einer ungleichheitsanalytischen Fundierung von Diskriminierungsforschung und Antidiskriminierungsstrategien*. In: Hormel, Ulrike / Scherr, Albert (Hg.) 2010. *Diskriminierung. Grundlagen und Forschungsergebnisse*(S. 35-60) . Wiesbaden: VS

Tippelt, Rudolf / Reich, Jutta 2006. *Weiterbildung und soziale Milieus. Grundlagen für Programmplanung und Bildungsmanagement*. TU Kaiserslautern

Tippelt, Rudolf 1997. *Sozialstruktur und Erwachsenenbildung. Lebenslagen, Lebensstile und soziale Milieus*. In: Brödel, Rainer (Hg.): *Modernisierung und Erwachsenenbildung* (S. 53-69). Opladen: Leske und Budrich

Zick, Andreas 1997. *Vorurteile und Rassismus. Eine sozialpsychologische Analyse*. Münster: Waxmann